

(Georg Gregull [CDU])

- (A) Es scheint heute modern zu sein, das Wohl der Pflegebedürftigen - insbesondere das Wohl der älteren Pflegebedürftigen - zur Disposition zu stellen. Der Abbau in verschiedenen Bereichen, auch hier in Nordrhein-Westfalen, ist allenthalben greifbar. Ich nenne die Ökosteuern, die natürlich von Bonn produziert worden ist. Das belastet die älteren Menschen und die Rentner.

(Walter Grevener [SPD]: Wieso das denn?)

Ich erwähne die Rentenkürzungen, die Sie heute in Bonn verkünden wollen und über die die Regierung einen Beschluß fassen soll. Das ist ein schwarzer Tag für die Rentner in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei der CDU)

Hier in Nordrhein-Westfalen gibt es Anzeichen, die ich Ihnen auch nicht vorenthalten will. Da ist zum einen der Ausstieg aus den komplementären Diensten. In dem Zusammenhang werden Sie immer wieder versuchen, Wege zu finden, um sich aus diesem Bereich zu verabschieden. Wir werden dafür sorgen, daß das nicht unbemerkt geschieht.

- (B) Zum anderen wird seit neuestem wieder einmal die "Stiftung Wohlfahrtspflege" zur Disposition gestellt, wo man sich die Mittel, die für die Älteren und die behinderten Menschen gedacht sind, für andere Zwecke an Land ziehen möchte. Meine Damen und Herren, das halte ich für unverantwortbar.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Was sind das für Begriffe, die Sie da verwenden!)

- Herr Ministerpräsident, wenn die Ihnen nicht passen, ist mir das egal.

(Unruhe - Zuruf des Daniel Kreutz [GRÜNE])

- Herr Kreutz, Sie sollten sich lieber einmal an das erinnern, was Sie hier in der Vergangenheit gefordert haben, statt herumzuschreien. Vielmehr sollten Sie dort antreten, wo Sie etwas tun können, nämlich im Landtag von Nordrhein-Westfalen, wo Sie sich in der Koalition befinden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest, so daß ich die Aktuelle Stunde hiermit schließen kann.

Ich rufe auf:

(C)

2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4200

erste Lesung - Einbringung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/4201

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

(D)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4202

erste Lesung - Einbringung

Zur Einbringung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung erteile ich Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Jahres 2000 ist der letzte Etat der 12. Legislaturperiode. In den zurückliegenden fünf Jahren waren die haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungsspielräume des Landes wie schon in der ersten Hälfte des Jahrzehnts durch die äußeren Rahmenbedingungen eng begrenzt.

Wir blicken auf einen Zeitraum zurück, der für die öffentliche Hand insgesamt finanzpolitisch unbe-

(Minister Heinz Schleußer)

(A) friedigend ist, geprägt von steuerpolitischen Reformdefiziten, einer unsicheren Einnahmehasis und wachsenden Zinslasten infolge explodierender Staatsschulden.

Wir schauen nach vorne in ein Jahrtausend, das Gesellschaft und Wirtschaft weiter verändern wird und zu dessen Beginn die finanzpolitischen Defizite des vergangenen Jahrzehnts nun ohne weitere Verzögerung aufgearbeitet werden müssen. Schreibt sich fort, was sich in den vielen Diskussionen abzeichnet, erwartet uns eine Zeit zunehmender Selbstverantwortung und der Verlagerung von bisher staatlich erbrachten Leistungen in den privaten Sektor.

Es ist ohne Wenn und Aber zu begrüßen, wenn Private Aufgaben besser und effizienter erledigen. Ich sage ein Ja zu mehr privater Aufgabenerledigung - aber mit allen Chancen und Risiken. Die Finanzlast von Risiken darf nicht beim Staat bleiben, während die Gewinne bei den Privaten anfallen.

Trotz des Trends zu mehr privater Aufgabenerledigung wird es wesentliche Bereiche geben, in denen der Staat gefragt ist. Das gilt für die Infrastruktur, die öffentliche Sicherheit, bei Recht und Gesetz, bei Bildung und Wissenschaft. Dort wird die Zukunftsvorsorge für die Menschen weitestgehend staatliche Aufgabe bleiben.

(B) Es sind vor allem die Länder, die hier gefordert sind. Dabei werden diese sehr darauf achten müssen, daß bei allen notwendigen Änderungen das Fundament ihres politischen Handelns keine Risse bekommt. Schon jetzt ist erkennbar: Die Hoffnungen der Menschen auf die Wirtschaft sinken nicht, sondern sie werden höher.

So werden auch die ersten Jahre des neuen Jahrtausends eine finanzpolitische Gratwanderung. Die öffentliche Hand muß sparen; sie muß die Schulden reduzieren. Damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, muß seine Einnahmehasis gesichert werden. Gleichzeitig müssen günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für den privaten Verbrauch geschaffen werden.

Trotz aller Schwierigkeiten: Ich bin sicher, die Landesregierung hat mit dem Haushalt 2000 und mit der Finanzplanung bis 2003 die Voraussetzungen geschaffen, damit diese Gratwanderung gelingt.

Die Finanzpolitik der Landesregierung steht für Konsequenz und Zuverlässigkeit. Sie ist langfri-

stig angelegt und auf die Zukunft gerichtet. Die Landesregierung steht auch am Ende der Legislaturperiode zu ihrer Verantwortung. Der Haushalt 2000 ist kein Wahlkampfhaushalt. Mit dem Etat setzt die Landesregierung notwendige Einsparungen um und trifft gleichzeitig Vorsorge für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die Finanzplanung sichert die Handlungsspielräume, die notwendig sind, damit Nordrhein-Westfalen in Bildung und Wissenschaft, am Arbeitsmarkt und bei der Wirtschaftsförderung die Zukunft aktiv gestalten kann. (C)

Meine Damen und Herren, im ersten Halbjahr 1999 gibt es erste positive Signale bei den Steuereinnahmen. Doch damit sind die Folgen der gravierenden Einnahmehinbrüche 1995, 1996 und 1997 längst nicht überwunden.

Die zu Beginn der Legislaturperiode angestrebte Rückführung der Neuverschuldung konnte vor diesem Hintergrund in Nordrhein-Westfalen ebensowenig erreicht werden wie beim Bund oder bei den anderen Ländern. Trotzdem kann ich feststellen: Wir sind auch bei rauhem Wetter nicht vom Kurs abgekommen.

Gemessen an den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung 1995 bis 1999, mußte Nordrhein-Westfalen innerhalb von vier Jahren eine Verschlechterung seiner Einnahmen um mehr als 24 Milliarden DM verkraften. Die Landesregierung hat aber mit 20 Milliarden DM den weitaus größten Teil dieses Defizits durch Sparen und durch Ausschöpfen zusätzlicher Einnahmequellen ausgeglichen. So wurden die Folgen für die jährliche Neuverschuldung weitgehend neutralisiert. (D)

Damit steht Nordrhein-Westfalen - ich erinnere mich an einen Zwischenruf von eben - auch im Vergleich mit anderen gut da. Unsere Verschuldung stieg zwischen 1995 und Ende 1998 um 19 %. Die Verschuldung des Bundes stieg um 27 %, die Verschuldung der Länder ohne Nordrhein-Westfalen um 23 %. Nordrhein-Westfalen gehört mit zu den Ländern, die dafür gesorgt haben, daß die Bundesrepublik in den letzten Jahren das Maastricht-Kriterium beim Staatsdefizit erfüllen konnte. 1998 lag das Defizit des Landes und seiner Kommunen bei 0,6 % des Bruttoinlandsproduktes bei zugestandenen 1,5 %.

Unser Ziel bleibt eine dauerhafte Rückführung der Neuverschuldung. Dies hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 17. Juni 1998 bekräftigt. Dazu wurden schon mit dem Haus-

(Minister Heinz Schluëßer)

(A) haltssicherungsgesetz 1999 Weichen gestellt. Mit dem Haushaltsentwurf 2000 wird diese Politik konsequent fortgeschrieben.

Die Steigerungsrate der Ausgaben liegt 2000 bei 1,9 % und entspricht damit der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Die Nettoschuldenaufnahme sinkt um knapp 300 Millionen DM auf 6,9 Milliarden DM.

Ich will drei für die Eckdaten des Haushalts in diesem wie auch in den kommenden Jahren entscheidende Maßnahmen nennen:

Erstens. Der Haushalt 2000 sieht bei vielen Einzelpositionen und einer Vielzahl von Programmen Einsparungen vor, die sich gegenüber 1999 auf knapp 1 Milliarde DM summieren.

Zweitens. Die 1999 im Rahmen des Haushaltssicherungsgesetzes durchgesetzten Kürzungen wirken als Basiseffekt 2000 fort und reduzieren die Ausgaben um insgesamt weitere 800 Millionen DM.

Drittens. Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushalt 2000 auf 7,5 Milliarden DM zurückgeführt. Gemessen am Haushalt 1995, ist das eine Halbierung. Damals summierten sich die Ansätze auf 14,7 Milliarden DM. Damit ist die Vorbelastung zukünftiger Haushaltsjahre deutlich verringert.

(B) Meine Damen und Herren, im Haushalt 2000 sind 37,8 Milliarden DM für Personal eingestellt. Dies entspricht der Zielgröße für das Jahr 2000 in der Finanzplanung 1996. Ich finde, das ist eine Punktlandung bei der größten Ausgabe position im Landeshaushalt und insoweit ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Dennoch bleibt es dabei - es muß dabei bleiben -: Die Begrenzung der Personalkosten ist ein entscheidender Faktor für die Konsolidierung des Landeshaushaltes. Die Personalkostensituation nachhaltig zu bessern kann nur im Rahmen langfristig angelegter Konzepte erfolgen. Personalkostenplanung erfordert vorausschauende Strategien.

Die Landesregierung läßt seit nahezu zehn Jahren durch den Arbeitsstab "Aufgabenkritik" konsequent alle Bereiche der Landesverwaltung gutachterlich untersuchen. Nordrhein-Westfalen ist hier Vorreiter unter den Ländern. Dabei hat der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" zwei Ziele:

1. Umgestaltung der Landesverwaltung zu einem effizient arbeitenden Dienstleistungsunternehmen, (C)

2. Erkennen von Rationalisierungspotentialen.

Bisher sind 88 Organisations- und Strukturuntersuchungen durchgeführt. In den untersuchten Behörden wurden die Abläufe wie die Strukturen effektiver gestaltet, vorhandene Schwachstellen vor allem durch Einsatz von Computertechnik beseitigt und betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente eingeführt.

Mit den abgeschlossenen Organisationsuntersuchungen wurden in den Jahren 1993 bis 1998 mehr als 13.600 Stellen mit kw-Vermerken versehen. Bis Ende 1998 waren davon 5.400 realisiert. Bezogen auf die bis 1998 fälligen kw-Vermerke beträgt die Realisierungsquote 67,6 %.

5.400 realisierte kw-Vermerke entsprechen Einsparungen von jährlich rund 500 Millionen DM. Das ist ein gutes Ergebnis. Aber es ist nicht genug. Es sind weitere Maßnahmen notwendig, um den Prozeß zu beschleunigen. Dazu gehören Sonderurlaubsmodelle, die 58er Regelung, die Altersteilzeit, Veränderungen der Stellenbörse, Budgetierung des Personalhaushaltes.

Allerdings haben alle Konzepte zur schnelleren Senkung der Personalkosten ihre Grenzen. Es bleibt dabei: Der Umbau der Landesverwaltung und der Abbau von kw-Stellen werden auch weiterhin sozialverträglich sein. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, daß diese Prozesse Zeit brauchen. (D)

Alle Ministerien sind in der Zwischenzeit extern untersucht. Wichtigste Konsequenz neben einer deutlichen Reduzierung der Stellenzahl ist die Straffung der Aufbauorganisation. Hierarchieebenen werden reduziert, Großreferate werden die heutigen Gruppen in vielen Bereichen ablösen, und die Organisation wird flexibler.

Bis zum Ende der Legislaturperiode wird das Ziel der Untersuchung der gesamten Landesverwaltung im wesentlichen erreicht sein. Die vorliegenden Ergebnisse sind in das erste und zweite Modernisierungsgesetz eingeflossen. Ziel ist die Verwaltung als effizienter bürger- und kundenorientierter Dienstleistungsbetrieb.

Bei aller Notwendigkeit von weiteren Sparmaßnahmen im Personalhaushalt dürfen wir allerdings

(Minister Heinz Schlußer)

- (A) nicht vergessen: Dienste leisten für die Bürger geht nicht ohne Personal. Alle fordern mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Hochschulpersonal, mehr Betriebsprüfer, mehr Justizbeschäftigte.

Bislang ist der Landesregierung auch in diesem Teil des Haushaltes die Gratwanderung zwischen dem Nötigen und dem Finanzierbaren gelungen. Der Abbau von Personal wird fast ausschließlich in der allgemeinen Verwaltung umgesetzt. Hier sank die Zahl der Stellen um mehr als 5.100 oder 15 %.

Anders die Entwicklung in Schulen und Hochschulen, bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung. Für die Einstellung zusätzlicher Lehrer wurden seit 1995 insgesamt 1.473 Stellen eingerichtet. Allein im Haushalt 2000 stellt das Land fast 50 Millionen DM für zusätzliche Lehrerstellen bereit. 200 Millionen DM stehen für die Einstellung von Aushilfskräften zur Verfügung.

Im Interesse der inneren Sicherheit sind im Haushalt 2000 bei der Polizei rund 900 Stellen mehr ausgewiesen als zu Beginn der Legislaturperiode.

Zur Erfüllung der Aufgaben in Schulen und Hochschulen, bei der Justiz, der Polizei und der Finanzverwaltung stehen 312.532 Stellen im Landeshaushalt. Das sind 91,2 % des gesamten Stellenbestandes.

(B)

Meine Damen und Herren, Konsolidierung ist und bleibt notwendig, um finanzpolitische Spielräume zu erhalten und die Belastung zukünftiger Generationen auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur im Umgang mit den natürlichen Ressourcen nötig, sondern auch mit den finanziellen. Wir tragen Verantwortung für die Bürger heute, aber auch für die Bürger morgen. Deshalb konzentriert die Landesregierung ihre Mittel auf die Schwerpunkte Bildung und Wissenschaft, Arbeit und Wirtschaftsförderung.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, hat höchste Priorität. Hier sind auch die ersten Erfolge sichtbar. Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalen wird fortgesetzt. Wir halten gezielte Kooperationen in zentralen arbeitsmarktrelevanten Bereichen für erfolgversprechender als Konfliktstrategien.

Auch in Zukunft wird die Finanzierung von Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf hohem Niveau fortgesetzt. Die

landeseigenen Arbeitsmarktprogramme werden weitergeführt. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind auch für das Jahr 2000 ergänzend rund 130 Millionen DM vorgesehen. Insgesamt werden die Arbeitsmarktmittel im kommenden Jahr wieder mehr als 770 Millionen DM betragen.

Nach den jüngsten Statistiken hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr etwas entspannt. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels bleiben aber die Kernaufgaben der Wirtschaftspolitik auch im Jahr 2000.

Der Haushalt 2000 setzt im Rahmen der Wirtschaftsförderung neue Akzente. Auch hier geht es darum, für die Zukunft ausreichend Vorsorge zu treffen. Daher wird es immer mehr darauf ankommen, vorhandene Fördergelder noch intelligenter, noch kreativer einzusetzen.

Die Neuausrichtung des Kreditprogramms für kleine und mittlere Unternehmen ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein Förderangebot durch neue Lösungen selbst bei begrenztem Einsatz von Landesmitteln ausgeweitet werden kann. Grundlage ist ein Kooperationsvertrag, der mit der Deutschen Ausgleichsbank geschlossen wurde. Diese Vereinbarung ermöglicht es, ohne zusätzliche Landesmittel deutlich mehr Darlehen zu vergeben als bisher und dabei die günstigen Konditionen ungeschmälert zu erhalten.

Erstmalig in Deutschland bieten der Bund über die Deutsche Ausgleichsbank und das Land über die Investitionsbank ein gemeinsames Finanzierungsprodukt an. Es ist auf kleinere und mittlere Unternehmen und freie Berufe zugeschnitten und soll Gründungen erleichtern, bestehende Unternehmen festigen und Wachstumsinvestitionen fördern. Mit dem gemeinsam entwickelten Konzept können Kredite von über einer Milliarde DM jährlich bereitgestellt werden. Solche neuen intelligenten Ansätze ergänzen zunehmend unser auch schon bisher erfolgreiches Förderkonzept für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Als schlagkräftiges Instrument der Wirtschaftsförderung hat sich längst die Gründungsoffensive "GO!" entwickelt. Sie hat wichtige Beiträge zu einer für Nordrhein-Westfalen positiven Entwicklung geleistet.

Bei den Gewerbeanmeldungen liegt das Land mit einem Plus von 5,9 % zwischen 1995 und 1998 deutlich über dem Durchschnitt aller alten Länder

(C)

(D)

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) mit 1,8 %. Bei den Abmeldungen unterschreitet das Land mit 6,3 % den Durchschnitt in den alten Ländern, der bei 7,7 % liegt. Per saldo weist Nordrhein-Westfalen bei Neugründungen ein Plus von 3,1 % auf. Die alten Länder insgesamt verzeichnen dagegen ein Minus von fast 23 %.

Meine Damen und Herren! Nicht nur die Schaffung und Förderung neuer Arbeitsplätze ist wichtig. Oft ist es richtiger und wirtschaftlicher, Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern. Deshalb gibt es die Mittelstands-Offensive Nordrhein-Westfalen. Damit werden bereits bestehende kleine und mittlere Betriebe in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Sie wird 2000 erstmals mit 5 Millionen DM ausgestattet. Insgesamt summieren sich die Mittel für die Wirtschaftsförderung im Haushalt des kommenden Jahres auf rund 860 Millionen DM.

Die kleinen und mittleren Unternehmen bleiben dabei erste Zielgruppe in der gewerblichen Förderung, denn sie sind die eigentlichen Träger für mehr Beschäftigung.

Meine Damen und Herren! Zukunftsvorsorge, das heißt auch, möglichst alle Drittmittel nutzen und dafür die Voraussetzungen schaffen. So schaffen der neue Haushalt und die Finanzplanung die Grundlagen, damit Nordrhein-Westfalen von den Entscheidungen der EU zur Agenda 2000 in vollem Umfang profitieren kann.

- (B) Mit der Agenda 2000 stehen dem Land Wirtschaftsförderungsgelder von 1,75 Milliarden DM für die Jahre 2000 bis 2006 zur Verfügung. Rechnet man die Hilfen für den Arbeitsmarkt, für den Umweltschutz und die Landwirtschaft hinzu, addieren sich die Hilfen auf insgesamt 6 Milliarden DM. Diese beachtliche Summe kann das Land nur einwerben, wenn es in der Lage ist, eine Kofinanzierung in gleicher Höhe sicherzustellen.

Das ist ein enormer Betrag, der nicht vollständig aus neuen Mitteln aufzubringen sein wird. Um die Möglichkeiten der Agenda 2000 zu nutzen, müssen daher in den kommenden Jahren auch Mittel aus bestehenden Landesprogrammen eingesetzt werden.

Dies erfordert die Umstrukturierung und die Bündelung von Landesprogrammen. Dafür hat die Landesregierung mit dem Haushalt 2000 die ersten Weichen gestellt.

Meine Damen und Herren! Bildung und Wissenschaft bleiben besondere Schwerpunkte der Lan-

despolitik. Die Landesregierung hat zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen das "Initiativprogramm Schule Nordrhein-Westfalen 1999/2000" beschlossen. Damit sind mit dem Nachtragshaushalt 1999 insgesamt 330 Millionen DM veranschlagt. Diese Mittel werden für eine Aufstockung des bewährten Programms "Geld statt Stellen", für den Aufbau eines "Vertretungspools" an den Grundschulen, für die Anschlußbeschäftigung der Lehramtsanwärter und die Verlängerung der über 900 Vorgriffseinstellungen verwendet.

Die mit dem Nachtragshaushalt 1999 erstmalig eingerichteten 496 Lehrerstellen sind in der Besoldung zum 1. Februar 2000 berücksichtigt. 430 dieser neuen Stellen werden dabei gezielt für Schulleiterermäßigungen an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen verwendet.

Mit der Zukunftsinitiative "Netzwerk für Bildung Nordrhein-Westfalen" wird eine landesweite Kommunikationsinfrastruktur zwischen den Bildungseinrichtungen erreicht. Zusätzlich sollen die Bildungseinrichtungen dabei unterstützt werden, umfassende Medienkompetenz zu vermitteln.

Das Gesamtvolumen dieser Initiative beläuft sich auf 70 Millionen DM. Ein erster Teilbetrag von 14 Millionen DM ist im Haushalt 2000 vorgesehen.

Meine Damen und Herren, der zwischen Landesregierung und allen Hochschulen beschlossene Qualitätspakt steht. Der wesentliche Gewinn für die Hochschulen ist eine dauerhafte Planungssicherheit. Der Haushaltsgesetzgeber verzichtet auf Stellenbesetzungssperren und andere Haushaltseinschränkungen. So haben die Hochschulen die Möglichkeit, eigenverantwortlich Konzeptionen zu entwickeln und diese längerfristig in ihre Struktur- und Profilüberlegungen einzubeziehen.

Zur Stärkung und zur Bildung neuer Strukturen wird ein Fonds eingerichtet, der in den nächsten Jahren auf bis zu 100 Millionen DM gesteigert wird.

Meine Damen und Herren! Immer wieder wird kritisiert, die Kommunen seien mit zu geringen Mitteln ausgestattet. Diesen Kritikern sage ich: Das Land steht zu seiner Verantwortung für die Kommunen. Der Verfassungsgerichtshof des Landes hat mit seinem Urteil im letzten Jahr bestätigt, daß der Umfang der im Finanzausgleich zur Verfügung gestellten Finanzausstattung für die Jahre 1996 und 1997 nicht zu beanstanden war.

(C)

(D)

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) Die Begründung des Urteils hat noch einmal unterstrichen: Der Anspruch der Kommunen gegen das Land auf eine angemessene Finanzausstattung wird durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes begrenzt. Auch zunehmende Haushaltssicherungsmaßnahmen der Kommunen sind letztlich nicht entscheidend. Von zentraler Bedeutung ist die Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen und des Landes insgesamt. Auch das hat der Verfassungsgerichtshof bestätigt.

Die zur Beurteilung der finanziellen Situation vorhandenen Indikatoren sprechen eine eindeutige Sprache. Im längerfristigen Vergleich ergeben sich eindeutig finanzielle Schief lagen zu Lasten des Landes. Auch das hat der Verfassungsgerichtshof bestätigt.

Trotz dieser Feststellung fließen im Jahr 2000 22,6 Milliarden DM aus dem Landeshaushalt an die Gemeinden. Das ist fast jede vierte Mark des Landeshaushalts.

Die für kommunale Verwaltungshaushalte wichtigen Schlüsselzuweisungen steigen um 3 % oder um knapp 340 Millionen DM und damit deutlich stärker als die Ausgaben des Landeshaushalts. Auch die Investitionspauschalen, die die Kommunen nach eigenem Ermessen für Investitionsvorhaben einsetzen können, sind um knapp 14 % auf 930 Millionen DM gestiegen.

- (B) Bei der Abrechnung des kommunalen Finanzausgleichs fließen den Städten und Gemeinden im Steuerverbund 2000 rund 840 Millionen DM mehr zu als 1999. Das entspricht einem Plus von 6,3 %. Ohne diese erhöhten Zahlungen im Steuerverbund würde der Ausgabenanstieg im Haushalt 2000 des Landes bei 1,1 % liegen.

Mit den Entscheidungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2000 hat die Landesregierung ihre Zusage, wonach der Anstieg der Schlüsselzuweisungen nicht hinter dem Anstieg des Landeshaushalts zurückbleibt, mehr als erfüllt. Zwischen 1995 und 2000 sind die Landesausgaben um 9,3 %, die Schlüsselzuweisungen dagegen um 11,4 % gestiegen. Das zeigt: Die Landesregierung hält Wort. Sie redet nicht über kommunalfreundliches Verhalten, sie handelt danach.

(Beifall bei der SPD)

Seit 1995 hat Nordrhein-Westfalen erhebliche Leistungen zugunsten finanzschwacher Länder erbracht. Das sind in erster Linie die neuen Länder. Von 1995 bis 1998 belaufen sich diese

Transfers aus Länderfinanzausgleich, Umsatzsteuer ausgleich und Beiträgen zum Fonds Deutsche Einheit auf insgesamt mehr als 35 Milliarden DM. Die jährlichen Beträge liegen zwischen 8,5 und 9 Milliarden DM.

Im Jahr 2000 und in den Folgejahren muß mit ähnlichen Größenordnungen gerechnet werden. Das sind hohe Beiträge; weit mehr, als in den ersten Schätzungen prognostiziert wurde. Auch ein finanzstarkes Land wie Nordrhein-Westfalen kann dies nur mit großen Kraftanstrengungen tragen.

Über den Länderfinanzausgleich muß verhandelt werden. Die Mängel sind bekannt. Die geltenden Ausgleichsregelungen belassen den einzelnen Ländern zuwenig Anreize, die eigene Steuerkraft auszuschöpfen. Hier müssen bessere, intelligentere Lösungen gefunden werden.

Allerdings müssen bei allen Überlegungen folgende Prämissen gelten:

- Die Existenzgrundlage der Länder muß gewahrt bleiben.
- Der Aufbau Ost muß sichergestellt und fortgeführt werden.
- Die Reformvorschläge müssen, weil es keinen anderen Weg gibt, mehrheitsfähig sein.

Ich bin sicher, daß wir zu vernünftigen Lösungen kommen werden. Wenn die Anreizgerechtigkeit im Finanzausgleich erhöht wird, können alle Länder davon profitieren, und dies stärkt auch die Eigenständigkeit der Länder. Ich bin ebenso sicher, daß die notwendigen Gespräche auf Länderebene in Gang kommen werden, wenn die laufenden Normenkontrollverfahren in Karlsruhe abgeschlossen sind. Dies wird zum Jahresende erwartet. Die mündlichen Verhandlungen sind für den 22. und 23. September 1999 angesetzt.

Die neueste Initiative der Nehmerländer hat inhaltlich nicht viel Neues gebracht. Sie bestärkt mich aber in meiner Auffassung, daß die Bereitschaft, politische Lösungen zu suchen, vorhanden ist. Es bestätigt die Haltung, die die Landesregierung von Beginn an hatte.

Meine Damen und Herren, woran es in der Vergangenheit fehlte, war Verlässlichkeit, war Planungssicherheit in der Steuerpolitik. Es fehlte eine solide Finanzierung von Steuerreformen. Mit der von der neuen Bundesregierung beschlossenen Steuerreform 1999/2000/2002 gibt es kräftige

(C)

(D)

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) Steuersenkungen für die Normalhaushalte, für die Familien, für den Mittelstand. Der Eingangssteuersatz wird schrittweise auf 19,9 % und der Spitzensteuersatz auf 48,5 % gesenkt.

Das Existenzminimum wird stufenweise von knapp 12.400 DM auf 14.400 DM und von 24.800 DM auf 28.000 DM angehoben. Bürgerinnen und Bürger und auch die mittelständische Wirtschaft werden ab dem Jahr 2002 um fast 42 Milliarden DM jährlich brutto entlastet.

Eine solche Reform ist für die öffentliche Hand nur in Stufen handhabbar. Die notwendige Teilfinanzierung der Entlastungen durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen baut sich in den einzelnen Rechnungsjahren nur langsam auf. Die finanziellen Auswirkungen von Bund, Ländern und Kommunen sind nur im Rahmen eines Stufenkonzeptes kalkulierbar und auch nur so beherrschbar.

Wenn die volle Belastungswirkung des Steuerreformpaketes im Jahre 2002 einsetzt, müssen alle Ebenen des Staates zusammen Ausfälle von über 20 Milliarden DM tragen.

Meine Damen und Herren, damit werden sich die Entlastungen der Bürger und die Belastungen der öffentlichen Kassen nicht erschöpfen. Ein weiterer wichtiger Gesetzgebungsschwerpunkt dieses Jahres ist die Unternehmensteuerreform.

- (B)

Ich habe immer gesagt: Die Steuerlast der Unternehmen ist, insgesamt gesehen, im internationalen Vergleich nicht zu hoch. Es gibt jedenfalls keine seriösen finanzwissenschaftlichen oder betriebswirtschaftlichen Untersuchungen, die das belegen würden.

Aber, die Besteuerung der Unternehmen befindet sich in einer Schiefelage: Hohe Steuersätze bei international einmalig großzügigen Gewinnermittlungsvorschriften unterminieren das Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit - damit erscheint der Standort Deutschland schlechter als er wirklich ist.

Die alte Regierung hat es in den vergangenen Jahren versäumt, die Unternehmensbesteuerung auf die international veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Das gilt für die Steuersätze wie für die Bemessungsgrundlage und das System der Steueranrechnung. Dieser Rückstand muß aufgeholt werden. Ein zeitgemäßes Unternehmensteuerkonzept ist überfällig.

(C) Besondere Probleme gibt es unbestreitbar bei den Selbständigen, die mit ihren Unternehmen pro Jahr bis zu 200.000 DM Gewinn machen. Aber gerade um die geht es. Da gibt es Korrekturbedarf an den bisher vorliegenden Konzepten. Gerade die Handwerker und die Mittelständler in diesem Bereich müssen entlastet werden.

Zur Finanzierung der Steuersatzsenkungen wird es zur Streichung einer Vielzahl von Steuervergünstigungen kommen. Das ist auch nötig. Nur über den systematischen Abbau weiterer Steuervergünstigungen sind niedrige Steuersätze überhaupt möglich. Nur, die notwendigen Schritte müßten gezielt und mit Augenmaß erfolgen. Ihre Form muß verfassungsrechtlich einwandfrei gestaltet, solide finanziert werden. Es gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit!

Meine Damen und Herren, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10. November hat der alten Regierung bescheinigt, seit 1985 in ihrer Familienpolitik nicht im Einklang mit dem Grundgesetz gewesen zu sein. Das Ziel der Reform muß jetzt eine Besserstellung aller Familien sein. Deshalb wird noch 1999 ein neues Gesetz nötig, denn ohne dieses Gesetz würden nur Eltern mit hohem Einkommen entlastet. Es gäbe keine Verbesserung für Steuerpflichtige mit kleinen und mittleren Einkommen - erst recht nicht für Eltern, die wegen ihres geringen Einkommens keine Steuern zahlen.

(D)

Mit dem Entwurf eines Familienentlastungsgesetzes der Bundesregierung wird dieses Ziel weitgehend erreicht. In einer ersten Stufe im Jahre 2000 wird ein einheitlicher Betreuungsfreibetrag für Kinder bis zu 16 Jahren zusätzlich zum Kinderfreibetrag eingeführt. Um alle Familien besserzustellen, wird zusätzlich das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 20 DM von 250 auf 270 DM monatlich angehoben.

Beide Maßnahmen führen nach Meinung und Angaben des Bundesfinanzministeriums zu einer zusätzlichen Entlastung der Familien mit Kindern von rund 4 Milliarden DM in 2000; 2003 werden es 5,5 Milliarden DM sein. Die Landesregierung begrüßt die für die Entlastung der Familien geplanten Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, wir haben allerdings bei Familienleistungsausgleich ein besonderes Problem: das Verhältnis zwischen Bund, Ländern

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) und Gemeinden beim Kindergeld. Im Grundgesetz ist ausdrücklich verankert und im Finanzausgleichsgesetz konkretisiert, daß das Verteilungsverhältnis zur Finanzierung des Kindergeldes zwischen Bund und Ländern 74 zu 26 Prozent entsprechen solle.

Bereits aus der Vergangenheit haben die Länder hier einen Ausgleichsanspruch gegen den Bund. Aber schon Waigel war nicht bereit, diesen Anspruch der Länder zu erfüllen. Nach dem Regierungswechsel hat sich hier nichts geändert. 2000 geht es um einen Streitwert von 4,7 Milliarden DM. Hinzu kommen Altforderungen von knapp 10 Milliarden DM. Die Landesregierung wird die Erfüllung dieses Ausgleichsanspruches einfordern. Das müssen wir auch im Interesse unserer Gemeinden tun.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat die Reform der Familienbesteuerung sowie der Unternehmensbesteuerung mit weiteren Stufen der ökologischen Steuerreform, einer Reform des Wohngeldes und Einsparungen im Bundeshaushalt zum "Zukunftsprogramm 2000" zusammengefaßt. Die geplanten Haushaltseinsparungen dieses "Zukunftsprogramms 2000" sollen die Voraussetzungen für die übrigen Reformprojekte schaffen.

(B) Das Sparpaket des Bundes hat einen Umfang von 30 Milliarden DM mit steigender Tendenz in den Folgejahren; es soll nicht bei diesen 30 Milliarden DM bleiben.

Diese Einsparungen sind notwendig. Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren zu sehr von der Substanz gelebt. Die alte Regierung ist für eine Explosion der Bundesschulden von 314 Milliarden DM 1982 auf 1.454 Milliarden 1998 verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Das war nicht zu verantworten, das war ungerrecht, und es war auch unsozial.

Ich unterstütze das Sparprogramm der Bundesregierung auch in seiner Größenordnung. Es gibt allerdings einen Punkt, an dem ich mit dem Bundesfinanzminister nicht einer Meinung sein kann: wenn nämlich dieses Sparpaket Maßnahmen vorsieht, die keine Einsparungen sind, sondern Lasten auf Länder und Gemeinden verschieben. Der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe bringt Mehrkosten bei der Sozialhilfe. Der Bund will sich beim Wohngeld aus seiner anteilmäßigen Finanzierung zurückziehen, beim Unterhaltsvorschuß

seine Leistungen verringern und die Lasten auf die Länder und Gemeinden verschieben. Das, meine Damen und Herren, ging bei Waigel nicht, und das wird auch bei Eichel nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Schon jetzt ist absehbar: Es wird ein schwieriger Prozeß werden, bis alles Gesetzeskraft hat, denn ein Großteil der zu ändernden Gesetze bedarf der Zustimmung des Bundesrates, und da hat zur Zeit keine Seite eine Mehrheit. Komplizierte und aufwendige Beratungen im Vermittlungsausschuß sind wahrscheinlich. Wir werden viele Fragen in den nächsten Wochen und Monaten sehr sorgfältig prüfen. Fest steht: Ja zum Sparen und zur Reform, aber kein Verschieben von Lasten auf Länder und Gemeinden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Meine Damen und Herren, die Finanzpolitik befindet sich seit vielen Jahren in einem schwierigen Fahrwasser. Die öffentlichen Gebietskörperschaften müssen ihre Einnahmen und Ausgaben verstärkt unter langfristigen Perspektiven betrachten. Finanzpolitik erschöpft sich nicht in der Aufstellung und Beratung des jährlichen Haushaltes, der Eckdaten oder der Deckungsfähigkeit der Einnahmen und Ausgaben. Entscheidend für die Finanzpolitik ist die Verlässlichkeit und Kontinuität, besser die Nachhaltigkeit über Jahre. Das bedeutet langfristige Planung, Rücksicht auf die nachfolgenden Generationen und Aufrechterhaltung der Politikfähigkeit für die Zukunft.

Mit dieser Politik haben wir die Probleme der Vergangenheit bewältigt, und wir werden damit auch die Zukunft meistern. Mit unserer über die Jahre verantwortungsbewußten, soliden Finanzpolitik werden wir die bevorstehenden Herausforderungen meistern. Getragen von diesen Prinzipien, lege ich Ihnen den Haushalt 2000 und die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1999 bis 2003 vor. Ich erwarte intensive und vielleicht sogar faire Diskussionen über diesen Haushalt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich danke dem Herrn Finanzminister und erteile nunmehr das Wort für die Landesregierung Herrn Innenminister Dr. Behrens.

(C)

(D)